

II-1649 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 951 N

1991-04-23

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer, Mag. Schreiner
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend die jüngsten Beschlüsse des Pariser Klubs

Im Pariser Klub wurden gestern die technischen Einzelheiten über den Abbau der polnischen Auslandsschulden geregelt. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß 30 % der Polenkredite noch heuer ganz gestrichen werden sollen, weitere 20 % sollen 1994 nachgelassen werden, wenn Warschau seine dem internationalen Währungsfonds genannten Ziele bei der Wirtschaftsreform erreicht habe.

Gleichzeitig soll die Möglichkeit eröffnet werden, staatliche Kredite in Anteile an privatisierten polnischen Staatsfirmen umzuwandeln. Solche debt-equity-swaps würden für Österreich die Möglichkeit eröffnen, zumindest einen Teil der Polenkredite wieder einbringlich zu machen und gleichzeitig das Ostengagement der österreichischen Wirtschaft zu fördern.

Eine Meinungsumfrage hat ergeben, daß nur 51 % der Österreicher über 18 Jahre über den polnischen Schuldenstand Bescheid wissen. 53 % der Befragten sprechen sich dafür aus, daß Österreich auf die Rückzahlung dieser Schulden nicht verzichten soll. Falls der Schuldennachlaß dennoch gewährt wird, fordern 54 % der Bevölkerung eine Finanzierung durch Einsparungen bei der Bundesverwaltung. Nur 7 % der Befragten sprechen sich für eine Finanzierung durch staatliche Kreditaufnahme aus, und gar nur 4 % für eine Erhöhung von Steuern zu diesem Zweck.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) In welcher Höhe wird der Schuldennachlaß für Polen die Budgets der einzelnen Jahre bis 1995 belasten?
- 2) Wieso soll die Budgetbelastung aus diesem Titel heuer nur 750 Mio. Schilling betragen?
- 3) Auf welche Weise wollen Sie den Schuldennachlaß in den nächsten Jahren finanzieren?
- 4) Treten Sie dafür ein, die österreichischen Forderungen in Anteile an privatisierten polnischen Firmen umzuwandeln und wenn ja, in welchem Ausmaß?
- 5) Treten Sie dafür ein, für Polenexporte neue Staatshaftungen zu gewähren und wenn ja, in welchem Ausmaß?
- 6) Wer übernimmt die politische Verantwortung für das weit überproportionale österreichische Kreditengagement in Polen?